

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 49

Charlottenburg, Freitag, den 4. Dezember 1908

Jahrg. 35

Sperren

Vollsperrern in Deutschland: Golditz (Steingutfabrik A.-G.). Hamburg (Max Wetterhahn, Gimsbütteler Chaussee) für Schildermaler. Lauf. Mannheim. Stogheim.

Halbsperrern in Deutschland: Alexandrintal (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Cortendorf. Flörsheim a. M. Gräfenroda (Heene, Ebert & Menz). Königszell. Langwieson (Schlegelmilch). Neuhalbensleben (Hubbe). Deßlau. Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Selb (L. Gutschentreuther inklusive Firma Jäger & Werner). Sörnewitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Linz a. Donau. Segewald (Perfch). Merckelsgrün.

Der Schwache Fürst und sein starker Kammerrat.

— Nochmals nahm der Fürst Friedrich Wilhelm zu Nesenburg-Büdingen im „Sprechsaal“ das Wort um auf unsere Ausführungen in Nr. 46 der „Ameise“ wiederum seine Schuldlosigkeit in bezug auf den schlierbacher Kampf von 1903 und 1904 zu betonen.

Sachlich bietet diese Erwiderung wenig neues. Charakteristisch an derselben ist nur das Bestreben des Fürsten, jetzt alle Schuld an dem damaligen Kampfe seinem ehemals getreuen Kammerrat Dr. Ehrlich in die Schuhe zu schieben. Aus dieser Erwiderung erfährt man, wie schwach sich der Fürst gegenüber seinem Angestellten gefühlt habe, wie dieser mit dem Fürsten und dessen Besitztum, der Wächtersbacher Steingutfabrik, so ziemlich alles machte was er wollte. Denn Dr. Ehrlich war der starke Diener eines schwachen Herrn, eines Mannes, der alles geschehen ließ, wie es gerade kommen wollte. Gewiß, sagt der Fürst, seine Schwäche gegen Ehrlich sei in den Verhältnissen begründet gewesen, er konnte gegen die Allmacht seines starken Hausmeiers nichts anfangen. Mit gebundenen Händen habe er dessen unglücklichem Walten gegenüber gestanden.

Ein interessantes Eingeständnis für alle jene, die in gesellschaftlich so hoch gestellten Personen, wie den Fürsten von Nesenburg-Büdingen, den Ausdruck aller Kraft, Gerechtigkeit und Energie zu sehen gewöhnt sind.

Was sagt nun der Fürst, um seine Rechtfertigung zu begründen? Drei Dinge sind es, die er in den Vordergrund seiner Abwehrrschrift stellt. Einmal habe die schwierige Lage, in welcher er die Fabrik übernehmen mußte, ihn nachfolbig gegen Ehrlich gemacht und ihn zugleich verhindert, die Wünsche der Arbeiter zu bewilligen — sofern es sich um Lohnforderungen handelte. Dann trage die volle Schuld an dem damaligen Konflikt nur Ehrlich, und zuletzt hätten die nach dem Spruch des Schiedsgerichts von den Arbeitern gestellten Nachforderungen es ihm unmöglich gemacht die Hand zum Frieden zu bieten.

Diese drei Haupteinwendungen treffen nicht zu, sie bilden keine Entschuldigungsgründe für den Fürsten. Nach wie vor bleibt der Fürst Mitschuldiger. Wir werden das zu beweisen versuchen; denn der Fürst zwingt uns, noch einmal die Tatsachen von damals fest zu stellen.

Wie war die Lage der Fabrik als der Fürst sie im Sommer 1903 übernahm? Sie war vielleicht nicht so, wie es dem Fürsten erwünscht sein konnte, um aus den Einnahmen des Betriebes seinen anderen Verpflichtungen nach kommen zu können. Aber daß die Situation gar so traurig gewesen sein sollte, ist wohl kaum zu glauben; denn der Vater des Fürsten war doch auch damit zufrieden gewesen. Aber selbst wenn wir diese Frage offen lassen, ob der Betrieb rentierte oder nicht, bleibt die andere Behauptung des Fürsten richtig zu stellen übrig. Der Fürst sagt im Sprechsaal, daß die Arbeiter die damals ungünstige Lage des Betriebes durch Lohnforderungen noch weiter erschüttert hätten und der Fürst meint, diese Lohnforderungen zu unrechter Zeit hätten ihm die sozialdemokratische Partei in einem recht ungünstigen Lichte erscheinen lassen. Der Fürst irrt hierin wie er sich in fast allen Behauptungen irrte, die er bisher in dieser Sache aufstellte. So hatte die sozialdemokratische Partei absolut gar nichts mit diesem Konflikt zu tun. Die Partei kam bei diesem Kampfe unsererseits überhaupt nicht in Frage. Der Verband, die gewerkschaftliche Organisation, führte den Kampf. Und daß das mit der Partei nicht zu verwechseln ist, wäre auch dem Fürsten schon damals klar geworden, wenn er — anstatt sich dauernd im Auslande aufzuhalten — sich ein wenig mehr um „seine“ Arbeiter gekümmert hätte. Dann würde er vielleicht auch erfahren haben, daß mancher Kollege, der der schlierbacher Zahlstelle unseres Verbandes angehörte, nicht Sozialdemokrat war. — Und dann erhob die Organisation nicht Lohnforderungen, um damit einen Konflikt herauf zu beschwören, sondern die Dinge lagen auch hier umgekehrt: Die Firma beabsichtigte Lohnreduzierungen und die Einschränkung der Arbeiterzahl vor zu nehmen. Die Firma griff an und die Arbeiter verteidigten sich. Es ist töricht, heut die Dinge in ihr Gegenteil lehren zu wollen. Der Fürst möge doch zur Auffrischung seiner Erinnerung an damals auf Seite 44 der Broschüre seines Kammerrats die Stellen in der Denkschrift an den kasseler Regierungspräsidenten durchlesen, in denen in fast brutal offener Weise von Dr. Ehrlich gesagt wurde;

„Gleichzeitig hatte er (Dr. Ehrlich) in Ansehung und zur Bekämpfung der den Markt beherrschenden Krisis angefangen, durch Einführung neuer Arbeitsmethoden Arbeitskräfte und damit Löhne zu sparen, um auf diese Weise den Betrieb und auch die Ware erheblich zu verbilligen und konkurrenzfähiger zu machen. Die Konsequenzen dieser Betriebsänderung hatte aber der verstorbene Direktor noch nicht gezogen und die hierdurch notwendige Reduktion von 500 auf ca. 400 Arbeiter noch nicht vorgenommen.“

Und ferner heißt es:

„Erst nachdem durch genaue Kalkulation festgestellt war, daß die Fabrik nicht mehr rentiere, sondern vielmehr mit Unterbilanz arbeite, vermochte Dr. Ehrlich den Gründen hierfür näher zu treten und fand dieselben in einer für die Fabrikverhältnisse viel zu großen Anzahl von Arbeitern.“

Es ist direkt unwar, wenn behauptet wird, die Arbeiter hätten durch Lohnforderungen den Bestand des Betriebes erschüttert. Die letzten Lohnregulierungen wurden im Herbst 1902 resp. im Frühjahr 1903 vollzogen und es war nicht einem einzigen Kollegen in Schlierbach eingefallen von neuem Lohnforderungen zu stellen um dadurch einen Kampf herauf zu beschwören. Lohnforderungen wurden zunächst überhaupt nicht gestellt, der ganze, bereits im Juni 1903 beginnende Streit

drehte sich nur um die Zurücknahme von Maßregelungen organisierter Kollegen, um die Forderung der Anerkennung des freien Koalitionsrechts der Arbeiter. Alle Schreiben, die bis zum 25. September 1903 seitens der Arbeiter an die Firma oder den Fürsten gerichtet wurden, enthielten kein Wort von Lohnforderungen. Auch das entscheidende Antwortschreiben des Fürsten vom 25. September 1903 enthält keine Bezugnahme auf Lohnfragen. Einzlig und allein in der Sorge um den Besitz des Koalitionsrechts legten die schlierbacher Kollegen am 26. September 1903 die Arbeit nieder. Und erst nachher, als das Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Landrats zusammentrat, tauchten Lohnforderungen auf. Aber daß auch diese von der Arbeiterschaft durchaus nicht zu einem Entweder-Oder gemacht wurden, beweist, was wir bereits in Nr. 46 der „Ameise“ über den Verlauf des Kampfes anführten. Jedenfalls irrt der Fürst ganz gewaltig, wenn er heut behauptet, Lohnfragen, durch die Arbeiter aufgeworfen, hätten zur Beunruhigung des Betriebes geführt. Diese wesentliche Unrichtigkeit läßt vermuten, daß der Fürst nicht nur damals nicht begriffen hatte, um was es sich für die Arbeiter handelte, sondern daß er es heut auch noch nicht zu verstehen scheint. Er könnte sonst nicht mit solchen Verschönerungen der Tatsachen operieren.

Und nun die Schuld Ehrlichs! Gewiß, Dr. Ehrlich ist schuldig an dem Ausbruch des Kampfes. Und wir sind sicherlich die letzten, welche diesen Mann in Schutz nehmen möchten. Aber wir können auch gerecht sein gegen unsere Gegner und die objektive Betrachtung der Dinge zwingt uns zu einem Protest gegen das Bemühen des Fürsten, heut alle Schuld auf Ehrlich abzuwälzen. Freilich, es ist leicht, diesen Mann jetzt, wo er gebrochen wurde, für alles allein büßen zu lassen. Aber wir können uns zu dieser Methode nicht bequem machen. Schuld ist und bleibt auch der Fürst an dem Kampf und an all den unheilvollen Folgen für die Hunderte von Arbeiterfamilien. Wir wissen, Ehrlich hatte alle Eigenschaften eines großzügig-selbstherrlich auftretenden und allmächtigen Fabrikdirektors, allen anmaßenden Uebermut und alle kleinliche Empfindsamkeit eines verwöhnten Fürstengünstlings an sich. Aber wer stützte ihn denn in der Betätigung aller dieser Eigenschaften? Der Fürst! Ja, heute klagt der Fürst, daß er sich seinem mächtigen Kammerrat fügen mußte, da hätte es kein Drehen und Wenden gegeben. Wenn Dr. Ehrlich wollte, mußte auch der Fürst wollen. Ein rührendes Bild menschlicher Fürstenschwäche! Doch sonderbar, damals als Ehrlich knapp ein Jahr im Betriebe war, noch keine lebenslängliche Anstellung in der Tasche trug, konnte der Fürst über seinen starken Kammerrat nicht Herr werden. Aber nach sechs-jähriger Tätigkeit, wo Dr. Ehrlich ausgerüstet war mit dem Patent der Lebensstellung, da konnte ihn der Fürst vor die Tür setzen! — Ja, sagte der Fürst weiter, ich bin mit vielem nicht einverstanden gewesen, was Ehrlich gegen die Arbeiter getan hat, ich war gegen den Kampf und erst nachher, als derselbe ausgebrochen war, stellte ich mich auf die Seite Ehrlichs. Auch das ist nicht wahr! Auch hier sprechen die Dokumente anders.

In Nummer 46 der „Ameise“ gaben wir das Schreiben des Fürsten an die Arbeiter vom 25. September 1903 wieder. Darin betonte der Fürst ausdrücklich, daß er mit allen bisher getroffenen Anordnungen Ehrlichs einverstanden sei. Und dieses Schreiben des Fürsten, diese seine Stellung gegen die Arbeiterschaft vor dem Ausbruch des Kampfes entzündete die Kriegsfaçel. — Und weiter. Als der Kampf nach der Ablehnung des Schiedsgerichtspruches durch die Arbeiter ausgebrochen war, da sagte der Fürst zu Ehrlich — wie der Fürst selbst im Sprechsaal erzählt: „Sie haben leider gesiegt! Es ist zum Ausstand gekommen und es ist geschehen, was Sie wünschten!“

Wenn noch irgend ein Beweis der Mitschuld des Fürsten an den damaligen Geschehnissen fehlte, hierdurch ist der Beweis erbracht. Dieses Bekenntnis des Fürsten faßt alle Mitschuld desselben in sich. „Es ist gekommen, was Sie wünschten!“ — Also noch einmal finden wir bestätigt, daß Dr. Ehrlich den Ausstand haben wollte. Und der Fürst mußte darum; denn er sagte: „Sie haben leider gesiegt. . . . Es ist geschehen, was Sie wünschten.“ Der Fürst mußte also vorher Kenntnis von den Absichten Ehrlichs, den Streit zu provozieren, gehabt haben. Hat er nun diese Provokation verhindert? Durchaus nicht, sondern durch sein Schreiben vom 25. September 1903 goß der Fürst noch Öl ins Feuer. Wenn er wußte, daß Ehrlich zum Ausstand trieb, durfte der Fürst, wenn es ihm ernst um den Frieden zu tun war, solche Antwort den Arbeitern

nicht geben. Weil er es getan hat, ist er mitschuldig, kommt er von seinem ehemaligen Kammerrat nicht los. Er trägt mit diesem die schwere Schuld für all den Jammer und die Not, welche jenen von der Firma provozierten Ausstand begleiteten. Aber wenn es damals, am 18. Oktober, 1903 dem Fürsten mit seiner Wehmut über den Sieg Ehrlichs gegen die Arbeiter ernst war, wenn er es ehrlich meinte mit seinem Entgegenkommen gegen die Arbeiter, wie konnte er demselben Mann, der seine Stärke gegen ihn, den Fürsten, so gemißbraucht hatte, nachher die lebenslängliche Anstellung gewähren? Man sieht, der Fürst kommt aus den Widersprüchen seiner Handlungen nicht heraus und all das jammernde Klagen seiner Ohnmacht gegen seinen mächtigen Hausmeier-Kammerrat hilft ihm nichts. Auch in der Schwäche liegt seine Schuld.

Aber warum kam der Fürst nachher nicht zum Frieden mit der Arbeiterschaft? Er sagt, die Arbeiter stellten Nachforderungen, die gegen den Spruch des Schiedsgerichts gingen. Wenn es sich nur um eine lokale Auslegung der Koalitionsbedingungen gehandelt hätte, so wäre er, der Fürst, gern dazu bereit gewesen. Auch das ist nicht wahr!

Da aber gerade in bezug auf diese Dokumente die Broschüre des Dr. Ehrlich eine bedeutende Lücke aufweist, geben wir das von den Arbeitern an den Fürsten gerichtete Schriftstück, aus dem alle Unrichtigkeiten der Behauptungen des Fürsten hinsichtlich der Nachforderungen der Arbeiter sich klar ergeben, im Wortlaut wieder. Unter dem 16. Oktober 1903 schrieben die Arbeiter an den Fürsten:

„Eine gestern abgehaltene Versammlung der Steingutarbeiter nahm Kenntnis von den Beschlüssen des Schiedsgerichts vorläufig ohne von unserm Einspruchsrecht Gebrauch zu machen, gestatten wir uns in aller Ergebenheit zu erklären, daß die Fassung des Beschlusses unter 2 in der Anlage des Protokolls „Stellung der Fabrik zu den Gewerkschaften“ unser Bedenken erregt. Es geht daraus nicht klar hervor, wie weit das allen Arbeitern gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht sicher gestellt sein soll. Es geht aus dem Beschluß nicht hervor, ob gegen diejenigen Arbeiter, welche nach dem 26. September eingetreten sind in unseren Verband oder dies später noch tun würden, von seiten der Direktion vorgegangen werden darf, um dieselben zum Austritt zu veranlassen bezw. sie wegen ihrer Verbandszugehörigkeit zu maßregeln. Wir befürchten neue Mißverständnisse und Zerwürfnisse mit der Direktion, wenn diese Frage nicht geklärt ist, und bitten daher, uns zur Beseitigung unserer Besorgnisse mitzuteilen, daß gegen die seit dem 26. September in den Verband getretenen und auch gegen später demselben beitretende Arbeiter nicht vorgegangen werden wird.“

Des weiteren hat das Schiedsgericht unsern Antrag zu 1 in der Anlage: „Entlassung des Direktors Herrn Dr. Ehrlich“ aus seinen Beratungen ausgeschieden. Wir unterbreiten Seiner Durchlaucht daher nochmals die dringende Bitte, die Entlassung des Direktors zu verfügen. Wenn Seiner Durchlaucht die Gründe für unsern heißen Wunsch noch nicht genügend zur Kenntnis gebracht sein sollten, sind wir zu einer ausgiebigen Begründung bereit. Den neuesten Anlaß hat der Herr Direktor dadurch gegeben, daß er eine „Erklärung“ in der „Keramischen Rundschau“ aus Bad Nauheim, gezeichnet den 5. Oktober, am 15. Oktober erscheinen läßt, in welcher er von „Niederträchtigkeiten“ unsererseits spricht, und die Ursachen der Differenzen durchaus falsch wiedergibt. Wollte Herr Dr. Ehrlich nach seiner Erklärung im Sprechsaal nun nicht, wie wir es für geboten erachtet hätten und wie es unser Verbandsvorsitzender Wollmann auch getan hat, öffentlich bekannt geben, daß Friedensverhandlungen angebahnt waren bezw. daß ein Schiedsgericht eingesetzt war, dann hätte er unter allen Umständen seine Erklärung vom 5. Oktober nicht zum Druck gelangen lassen dürfen. Wenn der Herr Direktor am 8. Oktober wußte, daß die Sache einem Schiedsgericht unterbreitet wird, wenn er doch weiß, daß von den Ausstehenden die Arbeit wieder aufgenommen wurde, die Uebrigen trotz Ablauf der Kündigungszeit weiter arbeiteten, wenn er trotz alledem seine „Erklärung“ erscheinen läßt, dann ist das eine Handlungsweise wider Treu und Glauben, die uns alle aufs höchste empören muß und uns zu der bitteren Frage veranlaßt: „Wie ist das möglich? Kann Seine Durchlaucht einen solchen Vertrauensbruch dulden, der unterzeichnet ist: „Fürstlich Nienburgischer Kammerrat, Direktor der Wächtersbacher Steingutfabrik?“ Darf der Direktor während der Zeit, in welcher

Seine Durchlaucht mit uns die Erhaltung des Friedens wünscht und betätigt, in solcher Weise zum Kriege treiben?

Des weiteren hat das Schiedsgericht die Lohnfragen aus seiner Zuständigkeit ausgeschieden und dieselben der wohlwollenden Berücksichtigung Seiner Durchlaucht empfohlen.

Wir bitten ganz ergebenst um Mitteilung, ob Seine Durchlaucht geneigt ist, vor Ablauf der Einspruchsfrist, welche am kommenden Montag ihr Ende erreicht, den Lohnfragen näher zu treten. Wenn ja, dann bieten wir Seiner Durchlaucht eine Verlängerung der Einspruchsfrist, nach deren Ablauf bei erfolgtem Einspruch das Arbeitsverhältnis als sofort gelöst zu betrachten ist, um weitere zwei Tage an. Eine diesbezügliche Vereinbarung könnte noch am Montag vormittag getroffen werden, wenn wir bis Sonntag nachmittag die Nachricht erhalten, daß Seine Durchlaucht dazu geneigt wäre."

Aus diesem Schreiben ergibt sich also, daß die Arbeiter keine Nachforderungen stellten, sondern nur die Forderungen wiederholten, welche vom Schiedsgericht ausgeschieden oder dem Fürsten zur Berücksichtigung überwiesen waren. Das aber scheint der Fürst jetzt nicht mehr auseinander halten zu können, er scheint auch nicht mehr zu wissen, was er damals eigenhändig auf den Bogen dieser Eingabe geschrieben hatte. Wir wollen es dem Fürsten mitteilen. Er schrieb damals:

"Wächtersbach, den 17. Oktober 1903. Wird dem Herrn ... mit dem Bemerkten zurück gegeben, daß die Auslegung des Beschlusses des Schiedsgerichts zu Nr. 2 der Protokollanlage mir nicht zusteht, da ich die Entscheidungen des Schiedsgerichts insgesamt akzeptiert habe. Es dürfte wohl am zweckmäßigsten sein, diese Auslegungsfrage dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts, Herrn Landrat von Gröning in Gelnhausen, vorzulegen.

Der Entlassung des Herrn Direktors Dr. Ehrlich meinerseits kann ich zur Zeit aus den gleichen Gründen nicht näher treten, welche das Schiedsgericht zur Ablehnung der von der Arbeiterschaft gestellten Forderung geführt haben.

Die Lohnfragen habe ich zum Bericht Herrn Direktor Dr. Ehrlich übersendet. Dieselben sind aber nicht so einfacher Natur und können in der kurzen, von den Arbeitern verlangten, auch verlängerten Frist unmöglich erledigt werden, ohne einerseits entweder Unzufriedenheit unter diesen selbst hervor zu rufen oder andererseits die Rentabilität und damit die Möglichkeit des unge störten Fortbestandes der Steingutfabrik selbst zu gefährden. Friedrich Wilhelm, Fürst zu Hensburg und Büdingen."

Das heißt also, an die Entlassung Ehrlichs, von dem der Fürst schon wußte, daß derselbe den Ausstand provoziert hatte, ist nicht zu denken. Der Fürst, der ferner auch Kenntnis von der Annoncengeschichte bekam, fühlte sich selbst in bezug darauf nicht veranlaßt, den Arbeitern eine Rechtfertigung zu verschaffen. — Und die Lohnfragen? Nun, sie wurden von dem Fürsten an denselben Mann abgegeben, gegen den das Mißtrauen der Arbeiter aufs höchste gestiegen war. Also nichts, absolut gar nichts enthielt die Antwort des Fürsten, was ein Entgegenkommen für die Arbeiterschaft bedeutete. Und wenn der Fürst jetzt behauptet, der Wunsch der Arbeiter, eine loyale Auslegung des Koalitions-Entscheidunges von ihm zu erlangen, wäre gern durch ihn erfüllt worden, so ist auch das nicht wahr. Dieses Schreiben weist es aus, daß der Fürst jede loyale Erklärung ablehnte, daß er alle Zweifel und Unklarheiten der Arbeiter gegen und über den Absatz 2 des Schiedspruches bestehen ließ. Hinter leeren, nichtigen Kompetenzbedenken zog sich damals derselbe Mann zurück, der jetzt treuherzig versichern möchte: Würden die Arbeiter nur eine loyale Auslegung des Schiedspruchs in bezug ihrer Organisationszugehörigkeit verlangt haben, so wäre ich sofort darauf eingegangen, vielleicht hätte ich noch mehr zugegeben.

Friedrich Wilhelm Fürst zu Hensburg-Büdingen! Das taten Sie damals nicht. Sie gaben diese Erklärung, durch welche Sie den Frieden sichern konnten — das wußten Sie — nicht! Im Gegenteil! Wie Sie schon unter dem 25. September 1903 in Ihrem Schreiben erklärten, alles aufbieten zu wollen, die fremden Einwirkungen in Ihrer Fabrik, d. h. die Organisation, beseitigen zu wollen, so standen Sie auch am 17. Oktober 1903 den Wünschen der Arbeiter in bezug auf deren Organisation feindlich gegenüber. Sie duldeten es auch, daß Ihr ehemaliger Kammererrat darnach von jedem neu eintretenden Arbeiter die Versicherung der Organisationslosigkeit forderte. Sie lassen heut — nach fünf Jahren — noch immer den Zustand in Ihrem Betriebe bestehen, daß keiner der von Ihnen beschäftigten Arbeiter unserem Verbands angehören darf! Ist das

etwa die Betätigung der Organisationsfreundlichkeit und Arbeiterfreundschaft, von denen Sie 1903 beseelt sein wollten?

Sie sagen selbst: „Heute sind aber die meisten Arbeiter davon überzeugt, daß ihre Zugehörigkeit zum sozialdemokratischen Verbands kein Glück für sie gewesen ist.“ — Nun gut, wenn Sie von dieser Festigkeit der Arbeiter gegen den Koalitionsgeanken so tief überzeugt sind, um so gefahrloser ist es ja für Sie, die gesetzwidrigen Nötigungsbestimmungen in Ihrer Fabrik aufzuheben, welche die Arbeiter an der Ausübung ihres gesetzlichen Rechtes hindern. Sie wollen schuldlos sein an dem Kampf von 1903/1904, und Sie vertreten und halten heut noch hoch, was damals die Arbeiter zum Kampf drängte: Die Vorenthaltung des freien Koalitionsrechtes der Arbeiter!

Ihr Rechtfertigungsversuch mußte allein aus diesem Grunde mißlingen, gründlich mißlingen!

Unfallversicherung und Arbeitersekretariate.

I.

In dem ständigen Kampf, den beruflich verletzte Arbeiter mit den Instanzen der Unfallversicherung um die Rente und das Recht führen müssen, spielen die Arbeitersekretariate durch den Beistand, den sie den Arbeitern leisten, eine große Rolle. Es ist darum äußerst interessant, in einer längeren Ausführung, die im „Correspondenzblatt“ erschienen, die Erfahrungen kennen zu lernen, welche von den Arbeitersekretariaten in bezug auf die Unfallversicherung in ihrer jetzigen Handhabung gemacht werden mußten. Wir geben diese Ausführungen im Nachstehenden wieder:

Unfallgefahr und Unfallversicherung:

Wer die statistischen Berichte des Reichsversicherungsamtes verfolgt, findet, wie sich die Zahl der gewerblichen als auch der landwirtschaftlichen Betriebsunfälle Jahr für Jahr mit unheimlicher Regelmäßigkeit sowohl relativ wie absolut steigert. Lange Zeit hat man versucht, diese Zunahme auf die wachsende Vertrautheit der Versicherten mit den unfallgesetzlichen Bestimmungen zurück zu führen die sie veranlassen sollte, auch die kleinsten und harmlosesten Unfälle anzuzeigen. Allein diese Erklärung ließ sich nicht aufrecht erhalten. Die Zahl der Unfälle stieg weiter und nicht nur der leichten, sondern auch der schweren Unfälle, was nicht der Fall hätte sein können, wenn jene Erklärung richtig gewesen wäre. Auch eine andere Erklärung, die auf die Annahme einer durch die Unfallversicherung geförderten Leichtfertigkeit der Arbeiter gegenüber den Unfallgefahren der modernen gewerblichen Betriebe hinaus lief, mußte fallen gelassen werden, weil sie den Verhältnissen nicht entsprach. Ist es doch auch geradezu lächerlich, von den Arbeitern anzunehmen, daß sie wegen der Aussicht auf eine in jeder Beziehung unzureichende Unfallentschädigung Leben und Gesundheit leichtfertig aufs Spiel setzen. Man hat sich dann schließlich dazu bequemen müssen, die unangenehme Tatsache anzuerkennen, daß die Ursache der zunehmenden Unfallhäufigkeit in der ständig wachsenden Intensivität der modernen Produktionsweise, der steigenden Verwendung arbeitssparender Maschinen und der nicht genügenden Berücksichtigung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen zu suchen ist.

Das Jahr 1907 hat gegenüber seinen Vorgängern keine Milderung gebracht, sondern ebenfalls mit einer erhöhten Unfallziffer abgeschlossen. Nach den vorläufigen Ermittlungen des Reichsversicherungsamtes gelangten bei den Berufsgenossenschaften, Reichs-, Staats- und sonstigen Ausführungsbehörden 663.053 Unfälle zur Anmeldung, wovon 144.410 eine Entschädigungsfestsetzung erforderten. Einschließlich der neu hinzukommenden Unfälle wurden im Jahre 1907 Entschädigungen gezahlt an 887.921 Verletzte, 77.807 Witwen, 106.712 Kinder und Enkel und 4125 Verwandte der aufsteigenden Linie, also Eltern und Großeltern. Daneben erhielten noch 15.504 Ehefrauen bezw. Chemannner, 32.541 Kinder und Enkel und 264 Verwandte der aufsteigenden Linie als Angehörige von in Heilanstalten untergebrachten Verletzten die gesetzlichen Unterstützungen, so daß insgesamt 1.224.874 unterstützungsberechtigte Personen anstelen.

Diese Unterstützungsleistungen werden bei der Unfallversicherung bekanntlich nicht so leicht gewährt, sondern bedarf es oft erst eines schwierigen harten Kampfes, ehe der Verletzte oder seine Angehörigen dazu gelangen. Das ergeben auch die von den Berufsgenossenschaften erlassenen 417.957 berufsunfähigen Bescheide, wogegen in 70.957 Fällen Berufung zum Schiedsgericht erhoben wurde. Daneben laufen noch 21.050 Anträge gemäß § 88 Abs. 3 G.-U.-G. und der entsprechenden Be-

stimmungen der übrigen Unfallgesetze, welche eine anderweitige Entschädigungsfestsetzung wegen eingetretener wesentlicher Änderungen der Unfallfolgen bezweckten. Das Reichsversicherungsamt hatte sich mit 19 604 Rekursen zu beschäftigen, gegen 19 684 im Vorjahre. Es liegt somit für 1907 ein geringes Zurückgehen der Rekurshäufigkeit vor, was nach der sonst zu beobachtenden starken Zunahme etwas auffällig ist. Verhältnismäßig ist zwar schon seit Jahren eine Abnahme der Rekurshäufigkeit zu bemerken gewesen. Diese Abnahme trat jedoch vor der absoluten Zunahme der Rekursfälle derart in den Hintergrund, daß man in den maßgebenden Kreisen ernsthaft die Frage ermag, auf welche Weise durch eine Änderung des Verfahrens dieser Steigerung ein Ende gemacht werden könnte. Von den anhängigen Berufungen wurden 18 595 = 20,47 pCt. zugunsten der Verletzten, 62 782 = 69,12 pCt. zugunsten der Berufsgenossenschaften, von den Rekursen 2312 = 19 pCt. zugunsten der Verletzten, 2168 = 52 pCt. zugunsten der Berufsgenossenschaften, die übrigen durch Bestätigung der angefochtenen Schiedsgerichtsurteile bzw. durch Zurückverweisung an das Schiedsgericht oder den Versicherungsträger entschieden.

Bei solcher Sachlage ist es wohl begreiflich, wenn in den Berichten der Arbeitersekretariate die Unfallversicherung an erster Stelle steht und die meisten Auskunftsuchenden aufweist. Im Jahre 1907 verzeichnen die Jahresberichte der von den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei errichteten Arbeitersekretariate insgesamt 419 832 auskunftsuchende Personen, denen in 447 361 Fällen Auskunft erteilt wurde, wovon 79 244 = 10,3 pCt. auf die Unfallversicherung entfallen. Ein ähnliches Verhältnis ergibt sich auch in bezug auf die Anfertigung von Schriftsätzen, von deren Gesamtzahl mit 105 015 nicht weniger wie 27 251 = 25,7 pCt. die Unfallversicherung betrafen.

Diese Zahlen sprechen eine beredte Sprache. Sie allein machen schon erkennbar, welche Kämpfe sich zwischen den Verletzten und den Trägern der Unfallversicherung abspielen. Nicht aber lassen sie erkennen, welche Unsumme von Not, Elend, Sorge und Verzweiflung sich dahinter verbergen. Desto deutlicher geht das aber aus den Berichten der Arbeitersekretariate hervor, wenn man dort das Kapitel „Unfallversicherung“ einer Durchsicht unterzieht.

Auf dem 21. Berufsgenossenschaftstag in Mannheim wurden die Leistungen der Unfallversicherung und der Berufsgenossenschaften von dem gegenwärtigen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, in überschwänglicher Weise gefeiert. Er sagte unter anderem:

„Wenn es gelungen ist, die Arbeiterversicherung in dem humanen Geiste ihres erlauchten Schöpfers durchzuführen, so ist das in erster Linie der opferwilligen und selbstlosen Tätigkeit der ehrenamtlichen Organe der Berufsgenossenschaften zu danken. . . . Ich freue mich, heute feststellen zu können, daß nach meinen Beobachtungen die Berufsgenossenschaften ihre Aufgabe durchweg glücklich gelöst haben. Manche Berufsgenossenschaften haben auf dem Gebiete der Unfallverhütung und der Heilbehandlung wirklich Großes geleistet. . . . Aber in der Hauptsache, das wiederhole ich, haben nach meiner Ansicht die Berufsgenossenschaften das geleistet, was der Gesetzgeber von ihnen erwartet hatte.“

Herr Dr. Kaufmann ist Leiter derjenigen Stelle, welche als die höchste und entscheidende in Unfallversicherungssachen gilt. Von ihm sollte man erwarten können, daß er die Verhältnisse auf diesem Gebiete kennt. Leider scheint dem nicht so zu sein, denn sonst wäre sein Urteil über die Handhabung des Unfallversicherungsgesetzes und die Leistungen der Berufsgenossenschaften nicht möglich. Auf Schritt und Tritt lernt man das Gegenteil kennen und die in diesem Punkte völlig übereinstimmenden Jahresberichte der Arbeitersekretariate liefern eine Fülle von Beweisen dafür, daß die Dinge anders liegen als Herr Dr. Kaufmann glauben machen will.

„Freiwillige Leistungen“ der Berufsgenossenschaften.

Auf keinem anderen Gebiete der Sozialgesetzgebung gestalten sich die Verhältnisse gleich trostlos für die Arbeiter und haben für die Erlangung der ihnen zustehenden Versicherungsleistungen einen so verbitternden und aufstrebenden Kampf zu führen. Nicht, daß man hierfür ausschließlich die Träger der Versicherung, die Berufsgenossenschaften, verantwortlich machen könnte, nein — auch das Gesetz ist daran schuld, indem es sich nach den verschiedensten Richtungen als lückenhaft und unzulänglich erweist! Besonders tritt das dort zutage, wo der Gesetzgeber an die soziale Einsicht der Berufsgenossenschaften appellierte und sich an Stelle von zwingenden Bestimmungen damit begnügte, ihnen

das Recht zu geben, auf statutarischem Wege bestimmte Leistungen zu gewähren oder die gesetzlichen Leistungen auszudehnen.

Dieses Vorgehen hat sich nicht bewährt; denn den Berufsgenossenschaften fällt es nicht ein, den Verletzten mehr zu bieten, als ihnen das Gesetz vorschreibt. So weiß kein einziger Bericht davon zu melden, daß je von einer Berufsgenossenschaft die Bestimmung des § 9 Abs. 5 des G.-U.-G., wonach aus Anlaß ihres Unfalls unverschuldet arbeitslosen Verletzten eine vorübergehende Rentenerhöhung gewährt werden kann, zur Anwendung gebracht worden wäre. Wo Schiedsgerichte bei ihren Entscheidungen diese Bestimmung zugunsten der Verletzten heranzogen, wurde von den Berufsgenossenschaften stets sehr lebhaft dagegen aufgetreten.

Nicht besser steht es mit der nach § 5 G.-U.-G. und § 2 U.-G. für Land- und Forstwirtschaft den Berufsgenossenschaften anheim gestellten Ausdehnung der Versicherungspflicht, und der durch § 1 Abs. 6 des letztgenannten Gesetzes vorgesehenen Festlegung der als Betriebsbeamte geltenden Personen. Nur eine ganz geringe Anzahl von Berufsgenossenschaften haben von dieser Befugnis Gebrauch gemacht; daß es nicht allgemein geschieht, liegt daran, weil man ohne diese Ausdehnung billiger davon kommt.

Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes.

Eine noch schlimmere Rückständigkeit des Unfallversicherungsgesetzes kommt in der unzulänglichen Entschädigung der Unfallfolgen zum Ausdruck. Nicht genug, daß dem Verletzten nicht der durch den Unfall entstandene volle Schaden ersetzt, sondern nur eine Rente aus zwei Dritteln des festgestellten Jahresarbeitsverdienstes gewährt wird, erhalten die landwirtschaftlichen Verletzten noch wesentlich weniger, indem der Berechnung ihrer Rente nicht ihr tatsächlicher Jahresarbeitsverdienst, sondern ein von den Bezirks- oder Kreisbehörden festgestellter Durchschnittsbetrag zugrunde gelegt wird. Dieser amtlich ermittelte Jahresarbeitsverdienst der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter bleibt fast allgemein weit hinter ihrem wirklichen Jahreseinkommen zurück. Teilweise kommen für männliche Arbeiter noch Jahresarbeitsverdienste von 400 Mark als Grundlage für die Rentenfestsetzung in Anwendung. Ähnlich liegen die Verhältnisse mit den ortsüblichen Tagelöhnen, die ebenfalls oft sehr erheblich niedriger als die am Orte üblichen Niedrigstlöhne sind. Daß derartige Festsetzungen noch bestehen, daran sind die Arbeiter nicht ganz unschuldig, begegnet man doch in bezug auf die Bedeutung der durchschnittlichen Jahresverdienstfestsetzung und der ortsüblichen Tagelöhne in den arbeitenden Kreisen einer sehr weitgehenden Unkenntnis und Gleichgültigkeit. Die gewerkschaftlichen Organisationen könnten hier manches bessern.

Hilflosen- und Ascendentenrente.

Als im wesentlichen auf dem Papier stehend und auf dekorative Wirkung berechnet, erscheinen nach den Sekretariatsberichten die Bestimmungen über Hilflosen- und Ascendentenrente. Erstere soll nach § 1 Abs. 3 G.-U.-G. gewährt werden, wenn der Verletzte durch die Folgen des erlittenen Unfalles nicht nur völlig erwerbsunfähig, sondern auch derart hilflos geworden ist, daß er ohne fremde Wartung und Hilfe nicht bestehen kann. Bei Vorliegen dieser Voraussetzungen kann eine Erhöhung der Rente bis auf 100 pCt. des Jahresarbeitsverdienstes erfolgen. Wie äußerst selten tritt aber ein solcher Fall ein! Auf beiden Augen Erblindeten wird in der Regel nur eine Rentenerhöhung bis zu 80 pCt. des Jahresarbeitsverdienstes gewährt. Dieselbe Rente erhielt ein Verletzter, der mit Ausnahme der Daumen sämtliche Finger an beiden Händen verloren hatte, und das Mannheimer Sekretariat führt einen Fall an, wo ein an Rückenmarkslähmung leidender Verletzter, der sich nur mittelst eines Fahrstuhles fort bewegen konnte und in diesen herein wie auch wieder heraus gehoben, sowie an- und ausgekleidet werden mußte, nur eine 85pCt.-Rente erhielt. Das ist eine durchaus unzureichende Entschädigung! Wenn in solch schweren Fällen nur eine Teilrente gewährt wird, welche Verhältnisse sind dann notwendig, um den vollen Jahresarbeitsverdienst als Entschädigung zu erlangen? Hier liegt offenbar eine durch nichts gerechtfertigte Rücksichtnahme der entscheidenden Instanzen auf die Berufsgenossenschaften vor. Diese Sparsamkeit auf Kosten der Verletzten ist leider auch bei anderen Gelegenheiten zu beachten.

Nach § 18 G.-U.-G. und den analogen Bestimmungen der übrigen Unfallversicherungsgesetze haben Verwandte der aufsteigenden Linie, das sind Eltern, Großeltern oder elternlose Enkel des verstorbenen Verletzten, falls ihr Lebensunterhalt ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten wurde, bis zum Wegfall der Bedürftigkeit oder — bei Enteln — bis zum 15. Lebensjahre eine Rente von insgesamt 20 pCt. des Jahresarbeitsverdienstes zu beanspruchen, soweit die Rente nicht von

dem Ehegatten und den Kindern des Verstorbenen in Anspruch genommen wird. Auch diese Fassung ist, obwohl sie gegen früher eine wesentliche Abschwächung erfahren hat, noch zu hart und führt — wie die Berichte zeigen — in vielen Fällen zur Abweisung von durchaus berechtigt erscheinenden Entschädigungsansprüchen, weil der Verstorbene die Hinterbliebenen nicht überwiegend unterhalten, sondern nur in wesentlichem Umfange unterstützt hat. Mit Recht weist der Bericht des Breslauer Sekretariats noch auf einen weiteren Mangel des § 18 G.-U.-G. hin. Zu den Enteln sind bekanntlich auch die unehelichen Kinder einer verstorbenen Tochter zu rechnen. Es ergibt sich deshalb aus der gegenwärtigen Fassung des § 18 G.-U.-G. die Konsequenz, daß uneheliche Kinder eine Rente beziehen können, wenn ihr Großvater infolge eines Unfalls verstorbt; nicht aber, wenn ihr Vater tödlich verunglückt.

Verbands-Angelegenheiten

Bekanntmachungen.

Ausschluß.

Das Mitglied der Zahlstelle Goldberg, 1859 Otto Junge, Steingutbreher, ist in der Sitzung des Vorstandes vom 28. November cr. nach § 3 Ziffer 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen worden. (Sperrbruch). Der Vorstand.

Verwaltungswahlen für 1909.

Laut § 32 Ziffer 1 Statut sind im Monat Dezember die Neuwahlen der Zahlstellen-Verwaltungen vorzunehmen.

Dabei ist Folgendes zu beachten: Der Vorsitzende, Schriftführer und Kassierer sind, jeder in einem besonderen Wahlgange, per Stimmzettel zu wählen. —

Für Zahlstellen von 50—100 Mitgliedern ist außerdem ein Beisitzer zu wählen. Für je weitere angefangene 50 Mitglieder ist die Wahl eines weiteren Beisitzers erforderlich. Die Wahl der Beisitzer muß ebenfalls per Stimmzettel, kann aber in einem gemeinschaftlichen Wahlgange erfolgen.

In gleicher Weise sind 1—3 Revisoren zu wählen. — Die Wahl von Stellvertretern ist nicht erforderlich, weil im Statut nicht vorgesehen. —

Je nach Bedürfnis können auch Unterkassierer gewählt werden (§ 32 Ziffer 2 St.); einen statutarischen Anspruch auf Entschädigung, wie der Kassierer, haben diese jedoch nicht. Etwaige diesbezügliche Vereinbarungen mit den Kassierern müssen den letzteren überlassen bleiben.

In derselben Versammlung, in welcher die Verwaltungswahlen vollzogen werden, ist auch ein Organ-Empfänger zu wählen. Es empfiehlt sich, den Kassierer dafür zu bestimmen, weil demselben sämtliche Verwaltungs-Materialien zugesandt werden müssen, welche dann den Organ-Verwaltungen beigelegt werden können. —

Um eine ausreichende Kontrolle der Mitglieder zu ermöglichen, welche Kantongeldzuschuß beziehen, empfiehlt es sich, in jeder Zahlstelle einen oder mehrere Kontrolleure zu wählen.

In denjenigen Zahlstellen und Bezirken, in welchen Agitations-Vertrauensmänner und Kommissionen gewählt werden, sind deren genaue Adressen ebenfalls bekannt zu geben.

Das sogenannte Vertrauensmänner-System, wie dieses in Rücksicht auf die früheren vereinsgesetzlichen Bestimmungen in verschiedenen Teilen des Reiches, besonders in Sachsen, erforderlich wurde, ist mit dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes am 15. Mai d. J. überflüssig geworden. Es sind deshalb an den Orten, an welchen bisher „Vertrauensmänner“ amtierten, jetzt ebenfalls Zahlstellen-Verwaltungen zu wählen. Die Einreichung eines Statuts an die Polizeibehörde oder Einreichung eines Verzeichnisses der Mitglieder der Zahlstellen-Verwaltung oder der Mitgliederliste der Zahlstelle ist nach dem geltenden Vereinsrecht für die Gewerkschaften nicht mehr erforderlich.

Wählbar in die Zahlstellen-Verwaltungen sind alle Mitglieder, welche mindestens drei Monate dem Verband angehören (bei neu gegründeten Zahlstellen findet diese Bestimmung keine Anwendung). Der Vorsitzende und der Schriftführer, welche gemeinschaftlich die Zeichnung für die Zahlstelle zu vollziehen haben, müssen großjährig sein. — Jeder Gewählte ist zur Annahme der Wahl verpflichtet. Mitglieder, welche bereits ein Jahr lang der

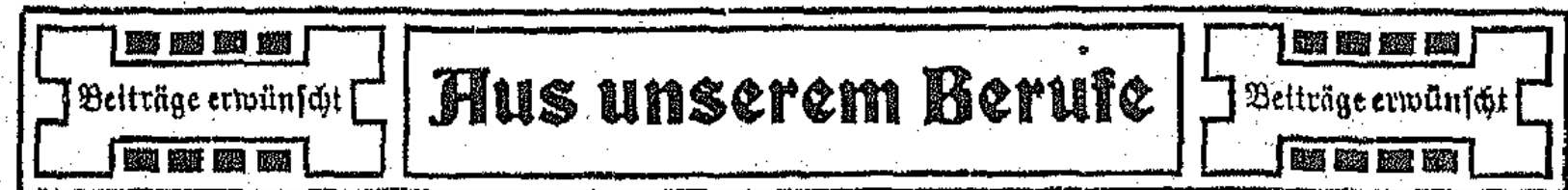
Verwaltung oder den Revisoren angehört haben, sind allein berechtigt, eine Wahl abzulehnen, jedoch ist Wiederwahl zulässig.

Mit Nr. 48 „Amelise“ erhalten die Organ-Empfänger jeder Zahlstelle ein Formular, in welches die Mitgliedsnummern und Namen der Gewählten in deutlich lesbarer Schrift und mit genauer Angabe der Wohnung (Straße und Hausnummer) einzutragen sind.

Auch die neugegründeten Zahlstellen wollen ein ausgefülltes Formular wieder mit ein-senden.

Dieses Formular ist von der Verwaltung zu unterzeichnen und spätestens bis zum 9. Januar 1909 an den Unterzeichneten einzusenden.

Johann Schneider, Verbands-Schriftführer.



Aus unserem Berufe

Von dem Geschäftsgang in Amerika hängt zum guten Teil der Umfang der Beschäftigung in vielen unserer Porzellanfabriken ab, die mit dem Absatz ihrer Waren auf den amerikanischen Käufer angewiesen sind. Mit lebhafter Erwartung sah man darum in Interessentenkreisen der Beendigung der Präsidentenwahl und noch mehr dem Nachlassen der in Amerika besonders scharf auftretenden Krise entgegen. Muß es auch zurzeit noch als ausgeschlossen gelten, eine bestimmte Erwartung auf eine baldige und dauernde Besserung der amerikanischen Marktverhältnisse aussprechen zu können, so ist die nachstehende Mitteilung nicht uninteressant. Dieselbe berichtet von der Aussicht einer besseren Geschäftslage in Amerika, indem es heißt: „Der Chef der New Yorker Import-, Export- und Fabrikationsfirma Butler Bros am Broadway hat die geschäftliche Lage einem Vertreter der „New Yorker Handels-Zeitung“ gegenüber wie folgt geschildert: „Wir stehen in Geschäfts-Verbindung mit allen Teilen von Nordamerika und einer Anzahl Auslandsmärkte. Ein Zweig unseres Geschäftes, der sich auf Erlangung von genauer Information über die Geschäftslage bezieht, ist die Beschäftigung von 68 vorzüglich versierten Leuten, welche das Land bereisen und die Geschäftsleitung über jeden wichtigen Gegenstand informieren, der auf das Geschäft Bezug hat. Sie kommen mit den hervorragendsten Personen in Verbindung und suchen sich zu informieren, warum diese oder jene Stadt sich nicht besser entwickelt, warum nicht mehr Ware verkauft wird und was geschehen kann, um eine Besserung herbei zu führen. Diese Information ist für uns von hohem Werte. Nach den von diesen Angestellten eingesandten Berichten und nach den hereinkommenden Ordres zu urteilen, ist die allgemeine Lage des Geschäftes eine unter den Umständen befriedigende. Von einem besonders starken Andrang ist natürlich nicht die Rede, sondern es existiert eine gute Kaufbewegung, welche von dem Wunsche der Geschäftsleute im Lande zeugt, ihre Läger zu assortieren, nachdem sie dieselben längere Zeit in so engen Grenzen wie möglich gehalten haben.“

Gegen diese Auslassung klingt ein anderer in den Börsenblättern enthaltener Bericht ziemlich trostlos, denn es heißt in demselben: „Das amerikanische Geschäft war im letzten Jahre fast vollkommen ins Stocken geraten, und die Porzellanexport nach den Vereinigten Staaten zeigte infolgedessen einen nennenswerten Rückgang. Nun, da die Präsidentenwahl vorüber und Last gestreift hat, wird vielfach auch in der Porzellanindustrie eine Belebung des Geschäftes nach Nordamerika erwartet. Dieser Hoffnung stehen freilich auch abwartende Ansichten gegenüber. So wird darauf hingewiesen, daß gerade die Wahl des Präsidenten Last für die keramische Industrie durchaus kein erfreuliches Ereignis bedeute; denn dieser hat vor seiner Wahl ausdrücklich erklärt, daß er die amerikanische keramische Industrie durch weitere Zollerhöhung zu schützen beabsichtige, trotzdem der Eingangszoll bereits 60 pCt. des Wertes beträgt. Dafür hat er denn auch in der Wahlkampagne die energische Unterstützung des sehr mächtigen amerikanischen Potterybezirkes erhalten! Hierzu tritt noch ein weiterer Uebelstand: nämlich der, daß die japanische Industrie sich in letzter Zeit direkt mit der Nachahmung deutscher keramischer Modelle für die Exportmärkte befaßt. Auf dem englischen Markt in London sollen bereits solche nach deutschen Mustern vorzüglich kopierte keramische Waren von den Japanern zu sehr niedrigen Preisen geliefert worden sein, und es gilt in manchen Kreisen nur noch als eine Frage der Zeit, daß die Japaner auch den amerikanischen Markt mit ihren Erzeugnissen zu Preisen überschwemmen werden, die jede Konkurrenz

der europäischen Fabrikanten ausschließen.“ — Sollten sich diese Vermutungen als berechtigte Befürchtungen erweisen, so kann die nächste Zukunft der deutschen Porzellanindustrie als wenig erfreulich gelten.

Internationale Fabrikantenvereinigung. Wie wir bereits früher berichteten, haben sich auch die Inhaber der Emailierwerke zu einem Unternehmerverband zusammen geschlossen. Derselbe wird jedoch auch zu einem internationalen; denn der Vertrag betreffend die Begründung eines Syndikats europäischer Emailierwerke ist am 25. November unterzeichnet worden und tritt am 1. Januar 1909 in Kraft. Ein neuer Verbandstarif ist beschlossen und sofort in Druck gegeben worden. Die Verkaufspreise und Lieferungsbedingungen wurden für das erste Quartal 1909 festgesetzt.

Elmsborn. In der Steingutfabrik von C. & C. Carstens sind am Sonnabend, den 28. November, wiederum einige Dreherkollegen, angeblich wegen Arbeitsmangel, entlassen worden. Wir kommen darauf noch zurück.

Kranichfeld. Der ehemals gegen „seine“ Arbeiter so äußerst „schneidig“ auftretende Herr Reinhard Rothe, nomineller Inhaber der „Kranichfelder Porzellanfabrik“, ist nun doch dem Pleitegeier zum Opfer gefallen. Ueber sein „Vermögen“ — so heißt es wenigstens in den öffentlichen Bekanntmachungen — ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Viel von dem, was man im allgemeinen mit Vermögen zu bezeichnen pflegt, wird wohl nicht vorhanden sein. Im übrigen haben wir dieses Ende dem Herrn Rothe schon damals voraus gesagt, als er glaubte durch seine Manieren eines Großunternehmers unseren Verband vernichten zu können. Rothe wird noch nicht der Letzte sein, der mit solchen gebrochenen Masten sein Schifflein im Konkurshafen versinken sieht.

Versammlungs-Berichte etc.

t. Annaburg. Die am 14. November abgehaltene Monatsversammlung war leider sehr schwach besucht, da verschiedene Kollegen noch nicht wissen, was eine freie Gewerkschaft für Interessen zu vertreten hat, sondern sich lieber den Klubbvereinen widmen. Hoffentlich kommt aber die Zeit, wo sie es doch einsehen lernen. Die ersten zwei Punkte wurden in üblicher Weise erledigt. Bei dem Verlesen der Präsenzliste ergab sich die Anwesenheit von 28 Kollegen. Ueber die Regelung des Breitermangels in der Dreherei entspann sich eine längere Debatte. Leider konnte die Versammlung zu keinem Resultat kommen, da gerade sehr wenige Kollegen von der Dreherei anwesend waren. So mußte der Antrag vertagt werden. Inbetreff der Gründung eines Lokalfonds zur Unterstützung bei Todesfällen lediger Genossen gingen die Meinungen auseinander. Es wurde der Verwaltung anheimgegeben, diesen Punkt auszuarbeiten und der nächsten Versammlung vorzulegen.

s. Dresden. In einer von circa 300 Personen besuchten Versammlung behandelte am 6. November im Gasthof Nischen Genosse Zietzsch in einem vortrefflichen zweistündigen Referate das Thema: „Die Krise und ihre Bedeutung für die Porzellan- und Steingutindustrie“.

Fraureuth. In der am 14. November stattgefundenen Monatsversammlung erstattete Kollege Scheffler den Kassenbericht. Die Revisoren hatten die Kasse in bester Ordnung befunden. Darauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Es wurde sodann beschlossen, an den nächsten Sonntagen eine Hausagitation zu entfalten. Zur Ausführung derselben wurde die Verwaltung sowie einige Mitglieder bestimmt. Es entspann sich darnach eine lebhafteste Debatte über den schlechten Versammlungsbesuch der Mitglieder. Es ist zu bedauern, wenn man von 120 Mitgliedern nur 15—18 in der Versammlung sieht. Zu erwähnen sei hierbei, daß die meisten anwesenden Mitglieder in den Versammlungen stets und ständig dieselben sind, welche die Zahlstellen- und Gewerkschaftsversammlungen pünktlich besuchen. Und man könnte das doch wirklich auch von den säumigen Mitgliedern erwarten. Mächtig sich doch dieselben, damit nicht immer Klagen über sie laut würden, aus ihrer Interessenlosigkeit in welcher sie sich so zu sagen wohl zu fühlen bedenken, aufzutreten lassen, und sich dem Wunsch der andern Mitglieder anschließen um die ihnen als Mitglieder zustehenden Interessen gemeinsam zu fördern. Denn wenn Mitglieder minder wichtige Versammlungen als die Zahlstellenversammlungen besuchen können, darf man verlangen, daß sie letztgenannte erst recht besuchen, damit sich unsere Zahlstellenversammlungen bei vollzähliger Erscheinung der Mitglieder ausgedehnter und interessanter gestalten, um auch hierdurch verschiedenen Mitgliedern der Zahlstelle Genüge zu tun. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, betreffs der am Sonntag, den 18. Dezember, stattfindenden Generalversammlung die säumigen Mitglieder zu erinnern.

g. Freienorla. In der am 14. November abgehaltenen Zahlstellenversammlung wurde folgende Resolution gegen den Vorstandsbeschluß vom 28. September gestellt und einstimmig angenommen: „Die Zahlstelle Freienorla protestiert entschieden gegen den Vorstandsbeschluß vom 28. September, daß kranke Mitglieder von der Unterstützung Beiträge entrichten sollen, und wir fordern die übrigen Zahlstellen auf, die sich mit dem § 6 noch nicht beschäftigt haben, selbiges zu tun und sich den vorher gegangenen Zahlstellen anzuschließen.“

st. Großbreitenbach. Die am 8. November stattgefundenen Versammlung war leider nur mäßig besucht. Trotzdem die wirtschaftliche Krise in unserm Ort in noch nie dagewesener Weise ihre Furchtel schwingt, hielten es viele Porzellanarbeiter nicht für ihre Pflicht, den instruktiven und klaren Vortrag des Genossen Th. Rister aus Gotha anzuhören. Ja, es ist sogar die betäubende Tatsache zu verzeichnen, daß zur gleichen Zeit, als die Versammlung tagte, im Schützenhof ein

fast nur aus Porzellanarbeitern bestehender Gesangverein Singstunde hielt. — Arbeiter der Porzellanindustrie! Sollen die wirtschaftlichen Verhältnisse eine noch furchtbarere Sprache reden als zurzeit, ehe ihr verstehen lernt eure Interessen zu wahren, wie es das Unternehmertum so vortrefflich versteht? Seit einem knappen Jahre stocken hier die Geschäfte, immer enger mußte der Hungerriemen geschnallt werden, das graue Glend ist täglicher Gast und mancher brave Familienvater läuft schon seit Wochen vergeblich nach Arbeit. Ein Zustand und Verhältnisse, die beseitigt werden müssen. Darum, Porzellanarbeiter! Ihr Gedrücktesten unter den Gedrückten, wacht auf! Mächt durch tatenlose Interessenlosigkeit, nein nur durch Kampf, durch ausdauernden Kampf um die Menschenrechte können die Zustände geändert werden. Die heutige Zeit spricht eine deutliche Sprache: Erkennt doch endlich die Zeichen der Zeit, organisiert euch wirtschaftlich zum Schutze eurer Arbeitskraft, zum Wohle eurer Familien, organisiert euch politisch gegen eine unfähige, strupellose, im Dienste des Kapitalismus stehende Diplomatie, die in der leichtfertigen Weise mit dem Geschick von Millionen Menschen spielt. — Die wirtschaftliche Krise, die politischen Vorgänge und Zustände sind furchtbare, harte Lehren für die Arbeiterklasse. Sie müssen auch dem letzten Arbeiter zum Bewußtsein bringen, was seine Pflicht ist: Die wirtschaftliche und politische Organisierung, die Unterstützung und Ausbreitung des Befreiungsgebanten!

Hernsdorf. Unser Ort, das heißt, die Arbeiterbewegung hier am Orte, ist schon längere Zeit als recht unrühmlich bekannt und obgleich sehr oft Anlauf genommen wurde, neues Leben aus den Ruinen steigen zu lassen, scheint doch alles vergeblich zu sein. Von Erfolgen kann wenigstens nicht gesprochen werden. Eine gleichgültigere Arbeiterchaft wie hier trifft man wohl nicht so bald wieder. Von denen, welche nach kurzer Zeit dem Verband immer wieder den Rücken kehren, wenn es ans Beiträge zahlen geht, will ich gar nicht reden. Diese Leute sind eben über ihre Lage noch nicht aufgeklärt. Aber selbst unsere Mitglieder, unser Stamm, zeigen eine solche Interesslosigkeit, daß es wirklich auch die begeistertsten Kollegen mutlos machen muß. Im vorigen Frühjahr schon konnte Genosse Hofmann eine angesagte, mittels Handzettel bekannt gegebene Versammlung nicht abhalten, weil außer den Kartelldelegierten und der Verwaltung niemand erschienen war. Am vorigen Sonnabend war wieder eine öffentliche Versammlung einberufen, welche zwar stattfand, aber auch nur von höchstens 30 Personen besucht war. In dieser Zeit sind aber auch andere Versammlungen einberufen worden, die mit gleichen Resultaten verliefen. Wenn wir unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse betrachten, dann müßte man annehmen, daß Haß, Wut und Zorn die Arbeiterschaft aufpeitschte und in die Organisationen und Versammlungen trieb. Aber nichts von alledem. Unserer Arbeiterschaft kann noch viel mehr geboten werden. „Glende“ wurden wir einmal genannt, und viel bedarf es wohl nicht mehr um die Berechtigung zu verlieren, dagegen zu protestieren. Es wird auch keinen Zweck mehr haben noch viel Druckerchwärze zu verschwenden, denn hier müssen ganz andere Helfer einsezen. Wenn sie aber einmal kommen, dann mögen sich die Porzellanarbeiter an ihr Betragen erinnern, dann wird es ihnen entgegen schallen: „Ihr habt es so gewollt“.

r. Nürnberg. Die Versammlung vom 21. November war wieder schwach besucht. Nach Verlesen der Protokolle und Präsenzliste wird dem Vorschlage von der Verwaltung, einen Unterkasserer anzustellen, zugestimmt, damit die Abschlüsse regelmäßig erfolgen. Genosse Fischer bedauert den mangelhaften Versammlungsbesuch und schlägt vor, mit den Glasarbeitern in Fürth in Verbindung zu treten, eine kombinierte Versammlung im Januar abzuhalten, welche sich mit der Verschmelzungsfrage beschäftigen soll. Diesem Vorschlage wurde zugestimmt. Weiter gab Genosse Fischer den Bericht über die Kartellitzungen. Zu wünschen wäre, daß die Kollegen von der Zentralbibliothek, in der 4200 Werke vorhanden sind, regen Gebrauch machen, auch an den Bildungsvorträgen eifrig teilnehmen.

r. Osterode. Die am 22. November stattgefundenen Versammlung war wiederum sehr schlecht besucht. Selbst der Schriftführer glaubte einen Scherz zu machen, daß er zum viertenmal die Versammlung verläßt. Mit aller Not und Mühe konnte die Zahlstellenverwaltung das Protokollbuch bekommen, so daß der Stellvertreter endlich die Protokolle nachtragen kann. Die Versammlung spricht sich hierüber sehr drastisch aus und beauftragt den Vorstand, hierin recht bald eine Aenderung zu schaffen. Im allgemeinen war die Tagesordnung sehr interessant. So hielt z. B. einer unserer Kartelldelegierten einen kleinen Vortrag über: Die Errichtung eines Gewerbegerichts für Osterode und Umgegend. Redner wies ganz besonders auf die Vorteile dieses Gerichts hin und forderte die Mitglieder auf, das Gewerkschaftskartell — welches diese Sache übernommen — tatkräftig zu unterstützen. Zum Schluß wurde noch über das am 7. November stattgefundenen 1. Stiftungsfest gesprochen und dieses für ein sehr gelungenes Agitationsfest unserer Zahlstelle bezeichnet.

st. Pöschappel. Zunächst lag der Versammlung am 14. November ein Fragebogen des Gewerkschaftskartells für den Plauenschen Grund vor. Es handelt sich hierbei um die Anstellung eines Beamten für das Gewerkschaftskartell, der gleichzeitig die Arbeiten eines Sekretärs mit zu übernehmen hätte. Es entspinnt sich in dieser Angelegenheit eine längere Debatte, nach welcher die Mehrzahl der Kollegen die Anstellung nicht für notwendig halten. Dementsprechend soll der Fragebogen mit einer Begründung zur Ablehnung an das Gewerkschaftskartell zurück geschickt werden. Nach Erledigung dieser Angelegenheit ergriff Genosse Gödtfried, Lokalbeamter in Dresden, das Wort. Derselbe behandelte in einem einstündigen Vortrage das Thema: Kampf- und Unterstützungsorganisation. Er schilderte hierbei die Entwicklung des Unterstützungswesens der Organisationen und erntete von den aufmerksamen Zuhörern lebhaften Beifall. Als letztes gab ein Kollege Betriebsmängel bekannt und wünschte Aufklärung über weiteres Verhalten. Leider war aber ein Teil der Kollegen der Meinung, daß erst eine vollständige Einigung der organisierten Kollegen nötig sei, ehe diese Angelegenheit in der Tagesordnung der Versammlung behandelt werden könnte!

h. Stadtilm. Die am 14. November abgehaltene Zahlstellenversammlung war von 83 Mitgliedern besucht. Trotz mehrmaliger Aufforderung halten es verschiedene Mitglieder nicht für notwendig, in die Versammlung zu kommen und ihre Interessen am richtigen Orte und Plage zu vertreten oder wahrzunehmen. Es ist bedauerlich, daß es noch

solche rückständigen Mitglieder gibt, die da glauben, wenn sie die Beiträge bezahlen, dann ist die Sache erledigt. Gerade in der jetzigen Zeit, wo die Krise auch bei uns so stark in die Erscheinung getreten ist, sollte jeder Kollege auf dem Posten sein. Deshalb möchten wir hier an dieser Stelle den Mitgliedern nochmals ins Gedächtnis zurücksprechen: Kommt in die Versammlung, werft den alten Schlenker von euch ab, zeigt euch als offene und rechtschaffene Kollegen, denn nur mit Hilfe unserer Organisation können wir bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen. — Kollege G. erstattete Bericht über die letzte Kartellitzung, welcher von der Versammlung zur Kenntnis genommen wurde. Darauf wurde der Punkt Arbeitersekretariat nochmals einer gründlichen Besprechung unterzogen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß ein Arbeitersekretariat in der geplanten Form niemals auf festen Füßen stehen kann. Da erst 1000—1200 Mitglieder in Betracht kommen, ist es einfach unmöglich ein Arbeitersekretariat zu unterhalten. — Des weiteren wurde auch der Beschluß des Hauptvorstandes, daß Mitgliedern, welche einmal in die unangenehme Lage kommen, krank zu werden, auch noch von dem gezahlten Krankenzuschuß die laufenden Beiträge in Abrechnung gebracht werden, einer scharfen Kritik unterzogen. Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen diesen Beschluß und schließt sich den Zahlstellen an, die schon bereits über diese Maßnahmen des Vorstandes lebhaftest Beschwerde geführt haben. Im übrigen möchten wir wünschen, daß sich die anderen Zahlstellen auch eingehender mit diesem Beschluß beschäftigen. Der Vorstand wird nun versuchen oder schon bereits versucht haben, den Beschluß der Generalversammlung in die Schuhe zu schieben, aber unser Delegierter, Kollege Frischmut, erklärte ausdrücklich, daß er von einem derartigen Beschluß nichts wisse und deshalb auch solchem nicht zugestimmt habe. Es kann nun sein und heißen wie es will, ob der Hauptvorstand oder die Generalversammlung dies beschlossen hat, jedenfalls hätte man hierbei mehr Einsicht haben müssen und nicht zu einem derartigen Beschlusse kommen dürfen. Wir fordern deshalb den Vorstand auf, im Interesse des Verbandes den Beschluß zu ändern, zum Wohle unserer Mitglieder und zum Fortschritt unserer gesamten Organisation.

r. Stadtlengsfeld. Die am 7. November stattgefundene öffentliche Porzellanarbeiterversammlung war von circa 70 männlichen und 5 weiblichen Personen besucht. Ueber das Thema: „Die Krise, ihre Ursache und Wirkungen“ referierte Theodor Rister-Gotha. Der Vortrag zeugte von großer Sachkenntnis, und der Redner erörterte lebendig die gegenwärtige schlechte Geschäftskonjunktur. Nachdem sich die Krise ganz besonders fühlbar macht, sollten die Kollegen und Kolleginnen ernstlich bedacht sein, den Verband als Stütze zu betrachten und die noch Fernstehenden der Organisation zuzuführen. Lebhafter Beifall wurde dem Referenten entgegen gebracht. Eine kurze Diskussion fand statt.

a. Kolchis. Die Zahlstellenversammlung vom 13. November beschäftigte sich in einer längeren Debatte mit dem Vorstandsbeschluß vom 28. September und 28. Oktober. Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen den Beschluß, daß kranken Mitgliedern die Beiträge vom Krankengeldzuschuß abgezogen werden. Nach dem ersten Beschluß des Hauptvorstandes haben sich viele Mitglieder höher versichert, ihnen wird nach den Beschlüssen vom 28. Oktober ganz rücksichtslos nur nach dem alten Statut der Krankengeldzuschuß gewährt; wenn z. B. Mitglieder von der 5 Pfg.-Stufe in die 40 Pfg.-Stufe gegangen sind und in diesem Jahre Krankengeldzuschuß beziehen, so bekommen diese Mitglieder höchstens 125 Pfg. Zuschuß; da der Beitrag für diese Mitglieder aber für Verband und Zuschuß 80 Pfg. oder 1 Mk. beträgt, so hat das Mitglied bei 80 Pfg. Beitrag 45 Pfg. und bei 1 Mk. Beitrag 25 Pfg. von seinem Krankengeldzuschuß übrig. In dem von der Kommission der Generalversammlung befürworteten Antrag, welcher auf Seite 141 des Generalversammlungs-Protokolls enthalten sein soll, ist leider nichts zu finden, und es ist auch verschiedenen Delegierten nicht bewußt, daß der Beschluß gefaßt worden ist, Beiträge vom Krankengeldzuschuß in Abzug zu bringen. Bezüglich des auf Seite 149 des Generalversammlungs-Protokolls gefaßten Beschlusses ist dieser nur so zu verstehen wie es im Paragraph 6 des neuen Statuts steht. Bei diesem Beschluß kommt nicht in Betracht, daß Beiträge vom Krankengeldzuschuß abgezogen werden. Die hiesige Zahlstelle fordert die andern Zahlstellen auf, energisch gegen diese statutenwidrigen Vorstandsbeschlüsse zu protestieren. Die Versammlung erregte sich nochmals über den Vorstandsbeschluß vom 28. Oktober, welcher erst nach den Einschätzungslisten stattgefunden hat. Die heutige Versammlung schließt sich den Ausführungen des 19. Agitationsbezirks, abgehalten in Schramberg, sowie den Zahlstellen Kahl, Meuselwitz, Ahlen usw. an.

r. Schedewitz. Die Vertrauensleute des Agitationsbezirks Fraureuth, Oberhohndorf und Schedewitz hielten am 15. November eine gemeinschaftliche Sitzung ab betreffs Aussprache über folgende Punkte: Soll die Agitationskommission weiter bestehen oder soll dieselbe aufgelöst werden? Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die Agitationskommission weiter bestehen zu lassen mit dem Vorwort in Schedewitz. Ueber Schedewitz wurde kein Lob gefällt und der Wunsch ausgesprochen, daß die Tätigkeit der Schedewitzer in Zukunft eine bessere wird. — Unter Verschiedenem riefen die Beschlüsse des Vorstandes vom 28. Oktober und vom 28. September eine lebhafteste Diskussion hervor. Es wurde einstimmig protestiert gegen § 6 des Statuts, nach dem kranke unterstützungsberechtigte Mitglieder Beiträge zu zahlen haben. Die Delegierten müssen sich bei Annahme dieses Paragraphen der Tragweite desselben nicht bewußt gewesen sein, sonst hätte dieser Antrag nicht durchgehen können. Des weiteren wurde beschlossen, daß ein Vertreter des Hauptvorstandes resp. Herden einzuladen ist und in den drei hiesigen Zahlstellen sprechen soll. Scharfe Kritik wurde daran geübt, daß in Schedewitz so wenig Versammlungen stattfinden und daß auch sonst nicht alles so im Bote ist, wie es eigentlich sein soll. Zum Schluß wurden die Vertreter zur gemeinschaftlichen Arbeit aufgefordert, daß auch der hiesige Bezirk auf die Höhe kommt, und daß die guten Ratschläge befolgt werden.

s. Uohenstrauß. Am 14. November fand hier eine Zahlstellenversammlung statt, in welcher Genosse Bredow aus Eirschenreuth über die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland referierte. Er schilderte die Entstehung der jetzigen Krise sowie die Entstehung der Krisen im allgemeinen. Er wies darauf hin, daß diese Krisen nur beseitigt werden durch die Umgestaltung der heutigen kapitalistischen Produktionsweise. — Auch unsere Unternehmer glauben jetzt den Zeitpunkt

für gekommen, der Arbeiterschaft einmal die Löhne reduzieren zu können. So trat am 4. November die hiesige Fabrikleitung an unsere Kollegen in der Dreherei mit einer Lohnreduktion bis zu 33 1/3 pSt. heran. Es wurde der Preiskommission vorgelegt, einen Abzug zu machen an Salariis in den Größen Nr. 27, 23 und 21 in Höhe von je 40 Pfennige. Dies wurde natürlich von seiten der Kollegen abgelehnt. Sie erhielten darauf die Kündigung und zwar mit der Begründung, daß, weil sie sich den Abzug nicht gefallen ließen, wäre keine Arbeit mehr für sie da. Die Firma hielt es aber für geboten, einen Hilfsarbeiter wieder einzustellen, nachdem die gelernten Arbeiter den Betrieb verlassen hatten, um so die Lohnreduktion wieder einzuholen. Auch sollen jetzt in 14 Tagen 18 Brände mit 6 Defengemacht werden. Man spürt dabei also nichts von einer Arbeitslosigkeit. Auch in der Behandlung der Arbeiter scheinen sich sonderbare Methoden eingeschlichen zu haben und es wäre dem Herrn „Ober“ einmal zu empfehlen, sich andere Manieren gegen die Arbeiter anzugewöhnen. Die Lehrlinge und Frauen müssen sich die Besen zum kehren selbst kaufen, denn dieselben erhalten nur einen Rutenbesen geliefert. Wir glauben, daß, wenn die Fabrik auf Reinlichkeit halten will, soll sie auch Haarbeseen liefern, denn mit einem Rutenbesen ist es nicht möglich, einen Platz in der Dreherei sauber zu halten. Außerordentliche Sparsamkeit hat der Herr Oberdreher Klotz von Judenbach eingeführt, indem er die Leute ermahnt, wenn sie sich von ihrem Plage ein paar Minuten entfernen um etwas zu verrichten, daß sie ja das Licht ausdrehen, sonst hätte der Herr Seltmann einen zu großen Schaden. Auch aus der Malerei könnte man über die Verhältnisse manches berichten. Aus allen diesen möchten wir aber den Kollegen raten, keine Unbesonnenheiten zu begehen in dieser schweren Zeit und treu und fest wie bisher zur Organisation zu halten, denn nach den mageren Jahren folgen auch einmal fettere. Baut eure Organisation aus und bildet eure Mitglieder zu tüchtigen Männern unserer Bewegung heran.

h. Wittenberg. Die am 14. November stattgefundene Zahlstellenversammlung hatte erfreulicherweise einen starken Besuch aufzuweisen. Es wurde einstimmig beschlossen, das diesjährige 19. Stiftungsfest der Zahlstelle in Gestalt eines Familienabends, und zwar am 21. November im Vereinslokal zu feiern. Darauf ergriff der Verbandsvorsitzende Genosse Wollmann das Wort und zwar auf Wunsch der hiesigen Zahlstelle. In anderthalbstündiger Rede gelang es ihm, die Anwesenden von der Notwendigkeit der Beschlüsse der letzten Generalversammlung vollständig zu überzeugen. An der Hand seines erdrückenden statistischen Materials war es dem Redner leicht, die Vorurteile über die letzten Generalversammlungsbeschlüsse zu zerpfücken. In der darauf folgenden, äußerst sachlichen Diskussion gipfelten die Ausführungen der meisten Redner darin, daß sie sich, in Anbetracht der anhaltenden wirtschaftlichen Krise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit, zur Beschaffung der dadurch erforderlich werdenden Mittel, mit dem Vortragenden vollständig übereinstimmten. Es wurde noch besonders betont, daß es nötig sei für alle Zahlstellen, soweit dies noch nicht der Fall war, die nötige Information zu erteilen um den zum Teil noch vorhandenen Unwillen in Mitgliederkreisen zu beseitigen. In diesem Sinne fand denn auch folgende Resolution einstimmig Annahme: „Die Mitglieder der Zahlstelle Wittenberg erklären sich mit den Ausführungen des Genossen Wollmann einverstanden, versichern ferner, nach wie vor treu zur Organisation zu halten und auch in Zukunft rege Tätigkeit für dieselbe zu entfalten. Als wichtigste Aufgabe stellen die Anwesenden Genossen Wollmann anheim, in allen Zahlstellen, soweit dies noch nicht geschehen ist, die erforderliche Aufklärung über die Notwendigkeit der gefaßten Generalversammlungsbeschlüsse so wie hier, zu geben, damit auch in der letzten Zahlstelle der erforderliche Friede baldigst eintreten möge zum Wohle und zur weiteren Entwicklung unseres Verbandes.“

Sterbetafel.

Schmiedefeld. Ernst Gräf, Former, geb. 10. November 1856 zu Schmiedefeld, gestorben 16. November 1908 ebenda an der Porzellanerkrankung. Letzte Krankheitsdauer 10 Monate.

Waldenburg. Friedrich Bachmann, Arbeiter, geb. 6. Oktober 1865 zu Weltersdorf, gest. 9. November 1908 zu Hirschberg (Selbstmord).

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Henderungen

Langenberg. Rff. Hans Mundel, Leipzigstr. 26.

Ludwigsstadt. Wf. Friedrich Opel, Ml., Ebersdorf Nr. 8 — Schf. Johann Bröckel, Ml., Ebersdorf Nr. 119 — Rff. Georg Wüttner, Ml., Ebersdorf Nr. 79 — Kv. Georg Müller, Ml., Ludwigsstadt, Bahnhofstr.

Neumünster. Wf. Wenzel Gienkolb, Fg., Wasbekerstr. 3, 1 Tr. — Schf. Oskar Künzel, Dh., Wasbekerstr. 3, 1 Tr. — Franz Peterlitz, Dh., Wasbekerstr. 17 — Kv. Uina Fuchs, Gießerin, Rendsburgerstraße 3 — Karl Bramann, Ml., Wasbekerstr. 10. — Vtrm. der Vorf.

Reichmannsdorf. Wf. Hermann Unger, Ml. — Rff. und Schf. Rich. Dittich, Formgießer — Kv. Adolf Wüttner, Former, Ernst Kühnlenz, Dreher, Arno Böhm, Ml.

Schramberg. Rff. Georg Steinhäuser, Roswaldstr. 19.

Versammlungs-Anzeigen

Althaldensleben. Sonntag, 18. Dezember, nachmittags 3 Uhr, bei W. Herzog, Neuhaldensleben. Verwaltungswahl.

Arzberg. Sonntag, 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr, bei Wittwe Hollerung. Verwaltungswahl.

Bonn. Sonnabend, 5. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus, Sandkaule 13, 1. Etage rechts.

Breslau. Sonnabend, 12. Dezember, 7 Uhr, in Fuhrmanns Restaurant Matthiasstr. 182. Verwaltungswahl.

Cassel. Sonnabend, 5. Dezember, im Gewerkschaftshause. Verwaltungswahl.

Charlottenburg. Sonnabend, 12. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3. Verwaltungswahl.

Cöln. Donnerstag, 10. Dezember, 9 Uhr, bei Otto Rau, Schaafenstraße 1-3. Generalversammlung. Verwaltungswahl.

Döbeln. Sonnabend, 5. Dezember, 8 Uhr, bei Schmidt, Neugasse.

Elgersburg. Sonntag, 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Zinckgarten. Verwaltungswahl.

Ellerwerda. Sonnabend, 5. Dezember, 8 Uhr, im Gasthof zur guten Quelle.

Fraureuth. Sonntag, 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr, bei August Bollstädt. Verwaltungswahl.

Friedrichshagen. Sonnabend, 8 Uhr, bei Singuhr, Seestr. 86. Verwaltungswahl.

Germersheim. Sonnabend, 5. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gasthaus zum Mohren. Verwaltungswahl.

Gräfenhain. Sonntag, 13. Dezember, im Gasthaus zum Stetger. Generalversammlung.

Gräfenhain. Sonntag, 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr. Verwaltungswahl.

Hernsdorf. Sonnabend, 5. Dezember, $\frac{1}{9}$ Uhr, in der Zentralthalle. Verwaltungswahl.

Höhr. Montag, 7. Dezember, im Vereinslokal. Verwaltungswahl. Sämtliche Bibliothekbücher mitbringen.

Hüttengrund. Montag, 7. Dezember, 7 Uhr, bei August Liebermann. Verwaltungswahl.

Ilmenau. Sonnabend, 5. Dezember, $\frac{1}{9}$ Uhr, in der Rosenau. Verwaltungswahl.

Kahla. Sonnabend, 5. Dezember, 8 Uhr, im „Thüringer Hof“, Löb- schütz. Verwaltungswahl.

Köppelsdorf. Montag, 7. Dezember, 7 Uhr, bei Liebermann. Verwaltungswahl.

Kronach. Sonnabend, 5. Dezember, 6 Uhr, im Vereinslokal, Damberger Tor. Generalversammlung.

Krummnaab. Sonntag, 6. Dezember, nachmittags $\frac{1}{3}$ Uhr, Generalversammlung. Verwaltungswahl.

Langewiesen. Sonntag, 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Felsen- keller. Verwaltungswahl.

Leipzig. Sonnabend, 12. Dezember, 8 Uhr, Generalversammlung im Volkshaus. Verwaltungswahl.

Magdeburg. Sonnabend, 12. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei P. Küster, Fabrikenstr. 5-6. Verwaltungswahl.

Meißen. Sonnabend, 5. Dezember, 8 Uhr, im Restaurant Lämmerhaus. Verwaltungswahl.

München. Sonnabend, 5. Dezember, im Restaurant Klinik.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 12. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Herzog, Wasche. Verwaltungswahl.

Neustadt. Sonnabend, 5. Dezember, 8 Uhr, in der goldenen Traube. Verwaltungswahl.

Ohrdruf. Montag, 7. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, auf Alts Felsenkeller. Ver- waltungswahl.

Osterode a. H. Sonntag, 13. Dezember, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Schützenhaus“. Verwaltungswahl.

Pankow. Freitag, 18. Dezember, 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Pieper, Kaiser Friedrich- straße 72.

Probitzella. Versammlung bei Emil Heinz, nachmittags 3 Uhr. Verwaltungswahl.

Reichenbach. Sonnabend, 5. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Restaurant zum Rosental. Verwaltungswahl.

Rolchitz. Freitag, 11. Dezember, 7 Uhr, bei Hempel. Verwaltungswahl.

Schedewitz. Montag, 7. Dezember, Generalversammlung. Verwal- tungswahl. Vortrag; im Konsum.

Sophienau. Sonnabend, 5. Dezember, 8 Uhr, im Vereinslokal. Ver- waltungswahl.

Spechtsbrunn. Sonnabend, 12. Dezember, 8 Uhr, in Hähnlein's Brauerei. Verwaltungswahl.

Spandau. Sonnabend, 5. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokal von Simon, Weißenburgerstr. 24. Verwaltungswahl.

Suhl. Sonntag, 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in Dombergs-An- sicht. Verwaltungswahl.

Tiefenfurt. Sonnabend, 5. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Generalversammlung in der Brauerei. Verwaltungswahl.

Unterköditz. Sonnabend, 12. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Kaiser Gürtler. Verwaltungswahl.

Untermhaus. Sonnabend, 5. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der Voßschänke. Verwaltungswahl.

Unterpörlitz. Sonnabend, 12. Dezember, 9 Uhr, im Vereinslokal. Verwaltungswahl.

Uegelsack. Sonntag, 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr, bei Oberbeck.

Weiden. Sonnabend, 12. Dezember, 8 Uhr, im Vereinslokal „Neue Welt“. Verwaltungswahl.

Weißwasser. Sonnabend, 5. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Café Zentral Kretschmer. Verwaltungswahl.

Arbeitsgesuche u. Arbeits- angebote kostenlos	Arbeitsmarkt	Offerten-Beförderung nur bei Porto-Zuzufügung
--	---------------------	--

Schildermaler, selbständiger Arbeiter und Zeichner, in der Glasmalerei erfahren, sucht Stellung. Offert. unter R. K. an die „Ameise“ erbeten.

Tiefenfurt. Da durch Stillstand des einen Betriebes (Schleifische Fabrik) hier selbst eine größere Anzahl arbeitsloser Kollegen am Orte sind, werden die Kollegen ersucht, Arbeitsangebote nach hier zu unterlassen. Zahlstelle Tiefenfurt.

Dreher sucht Stellung; speziell für Teller oder größeres Geschir. Offerten unter P. 104 an die Exp. der Ameise.

Drucker, flott und sauber arbeitend, sucht für bald in Steingut- oder Wandplattenfabrik Stellung. Gefl. Offerten unter N. K. 20 an die Exped. der Ameise erbeten.

Ueberformer sucht Stellung. Offerten unter J. T. an die Ex- pedition der „Ameise“ erbeten.

Gießer, eingearbeitet auf größeres Geschir, sucht baldigst Stellung. Offerten unter P. K. an die Exped. der Ameise erbeten.

Preis der 2gespaltenen Pettizelle 80 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Vorausbezahlung ist Bedingung
---	---------------------------	----------------------------------

Glas-Christbaum schmuck! Sortimentsstiften Ia in reich- haltigster Zusammenstellung und sorgfältigster Ausführung, enthaltend: 6 Vögel, 6 Glocken, 6 Beigen und Guitare, 3 Kugeln mit Landschaften und 3 Eier (feinere Wand- malerei), 1 Zeppelin-Luftschiff, 1 Luftballon, 7 Oliven, 6 Lannenzapfen, 3 Weihnachtsmänner, 12 Walnüsse, 6 Reflexe, 21 verschiedene versilberte, belpennene Schneekugeln, 24 große Giszapfen, 1 prachtvolle Baumspitze mit Lyra und 2 Edelweissreflexen (28 cm hoch), 100 Stück versilberte, 24 mm große Kranzperlen, in Summa 205 Stück nur größere und aufs feinste ausgeführte **Brillant-Glaskugeln**, sowie ferner 2 Pakete Engels- haar, 2 Dg. Konfekthalter, 1 Dg. Lichthalter; alles zusam. für **Mk. 5**, franko gegen Nachnahme. Doppeltstiften Mk. 9,40. Bei Voreinsendung des Betrages 25 bzw. 30 Bfg. billiger. 10 Sortimentsstiften in Bahn- sendung und Bahnliste Mk. 46,50 franko. Bei größeren Bezügen in Bahn- listen verlange man Offerte. Bestellungen bitten wir nur zu richten an **Glasbläser-Genossenschaft des Meininger Oberlandes, E. G. m. b. H. in Steinach (S.-M.).**

Kaufe alle goldhaltigen Sachen. Franz Karl, Niederplanitz bei Zwickau in Sachsen, Parkstr. 46.

Goldschmied, goldhaltige Lappen, Pinsel, Näpfe, Flachen und Paletten kauft stets zu höchsten Preisen bei reeller und schneller Bedienung. **Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa. Grimmitzshauer Str. 13.**

Goldschmied, verdicktes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. Emil Böhme, Eisenberg, S.-H. Aeltestes Geschäft dieser Art. Bitte genau auf meine Firma zu achten!
--

Goldschmied und goldhaltige Sachen kauft bei reeller Bedienung **Jean Klein Ahlen, t. Westf., Detumstraße 68.**

Goldschmied, Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei pünktlicher reeller Bedienung. **Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.**

Goldschmied, goldhaltige Lappen, Pinsel, Näpfe, Flachen, Goldsche, sowie Platin und alle platinhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen, schnelle und reelle Bedienung. Otto Seifert, Zwickau, Sachsen, Osterweihstr. 32.
--

Malerkittel, weiße Drillhosen- und Jacken, Schürzen, Mützen, Putzmesser, usw. empfiehlt billigst **E. Koch, Königsee in Thüringen.**

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Bfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-H., Gräfenaustr. 6.**

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Red. u. Verlag: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Röntgenstraße 14. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestr. 21.

Anzeigen

Meuselwitz. Sonntag, 6. Dezember, findet im „Deutschen Kaiser“ ein **Frühstück** statt. Anfang 6 Uhr. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Die Verwaltung.